

Minoritologische Überlegungen zum Deutschen als Konfliktsprache

Peter Hans Nelde

Emil Skála hat sich ein Leben lang mit der deutschen Sprache in jeglicher Hinsicht befasst – diachronisch, synchronisch, sprachgeschichtlich, kontaktlinguistisch. Germanistische Linguistik ohne seinen Namen ist schlechthin unvorstellbar. Dafür gebührt ihm Dank, der ihm – aus meiner Sicht – vor allem deshalb zukommt, weil er als Forscher die Außenperspektive vertritt, die sich über zahlreiche binnendeutsche Tabus und politische Frustrationen hinwegsetzen konnte und damit der germanistischen Linguistik zuweilen unorthodoxe, jedoch stets anregende Impulse verleihen konnte.

Ad multos annos!

1. Ideologie und Sprachpolitik

Wo setzt Sprachideologie an – beim einzelnen Sprecher, seinen Vorurteilen und Stereotypen, bei Sprachgemeinschaften oder bei denjenigen, die Sprechern und Sprachgemeinschaften die Regeln ihres sprachpolitischen Handelns auferlegen? Wie auch immer, Sprachplanung und Sprachpolitik sind hervorragende Ideologieinstrumentarien, an deren kulturpolitischem Durchsetzungsvermögen im gegenwärtigen Europa jedoch erhebliche Zweifel bestehen. Ergebnisse jüngster kontaktlinguistischer Untersuchungen lassen beispielsweise Zweifel daran aufkommen, dass Sprachgemeinschaften und Sprecher durch eine extensive Sprachgesetzgebung besser geschützt werden als durch überlieferte orale Handlungsanweisungen, wie sie in Ländern wie der multilingualen Schweiz eine staatserhaltende und bürgernahe Rolle spielen. Aus dieser Sichtweise verlieren sorgfältig ausgearbeitete sprachgebrauchsregulierende Texte aller demokratischer Herrschaftsformen wie sie in Verfassungen, Dekreten und Erlässen aller Art ihren Niederschlag finden, erheblich an Bedeutung und ihre für kleine Sprachgemeinschaften offensichtlich lebenserhaltende positive Wirkung ist nicht immer nachweisbar. Aus jüngsten kontaktlinguistischen Projekten zur Sprach- und Kulturpolitik von Minderheitssprachen und -kulturen wie EUROMOSAIC (The production and reproduction of the minority language groups in the European Union), GOTAP (Community development and language planning in the periphery), ATGEM (A training and consulting programme for community development for European minorities in the periphery) und NET (New European Language Policy) lässt sich deshalb folgern:

- 1) Gesetzgeberisch oktroyierter Schutz von Sprachen und Kulturen hat für die sprachpolitische Praxis häufig nur deklamatorischen Wert.

- 2) Detaillierte Verschriftlichung von Schutzmaßnahmen, Regelsystemen und daraus folgenden Sanktionen ist keine Garantie für das Überleben von Sprach- und Kulturgemeinschaften (vgl. die unterschiedliche Minderheitensituation in der Schweiz und in Frankreich).
- 3) Sprachpolitik auf ideologischer Basis existiert überall dort, wo neben der Erstsprache Zweit-, Schul-, Nachbar-, Migranten- und Fremdsprachen Teil des nationalen Bildungssystems ausmachen, mit der Folge, dass die jeweilige Sprachpolitik Teil der Bildungspolitik oder sogar mit ihr kongruent ist. So entspricht der so genannten Fremdsprachenpolitik in Deutschland, die mit wenigen Ausnahmen das Englische zur Pflichtschulsprache dekretiert, einer – im soziologischen Sinne – elitären Sprachpolitik, die, ohne den marktökonomischen Bedarf des Englischen zu hinterfragen, die Prestigesprache und damit die Sprache der ökonomischen Elite so sehr in den Vordergrund stellt, dass für die von der Europäischen Union propagierte Einheit in der Verschiedenheit in der schulsprachlichen Praxis – und damit in der Bildungs- und Sprachpolitik des Landes – wenig übrig bleibt.

Eine ähnlich gleichermaßen sprach- wie bildungspolitisch bestimmte Debatte haben sich die Vereinigten Staaten in der English Only- bzw. English Plus-Diskussion erlaubt, wobei es hierbei bildungspolitisch um die gänzliche Abschaffung von Zweitsprachen im höheren Unterricht (English only) ging. Die Reduzierung des Begriffes Zweisprachigkeit auf die zuweilen sozial motivierte Kombination Englisch und Spanisch unterstreicht eine weitere Verengung des amerikanischen Mehrsprachigkeitsbegriffes. Diese europäischen wie amerikanischen Beispiele zeigen somit, dass Sprachpolitik auch dort existiert, wo dieser Begriff in der öffentlichen Diskussion kaum Verwendung findet: Sie tritt umso deutlicher als Bildungspolitik in Erscheinung.

Diese Unsicherheit im Bereich der Sprachpolitik zeigt sich im europäischen Kontext bereits in einem hohen Grad an Inkompatibilität in der Terminologie. Während der größte Teil der europäischen Sprachen zur Abgrenzung unserer Thematik über drei, teilweise unterschiedlich definierte Begriffe verfügt (so im Englischen: Language Planning, Language Policy, Language Politics oder im Niederländischen: taalplanning, taalbeleid, taalpolitiek), beschränken sich andere Sprachen auf zwei Begriffe (wie das Deutsche: Sprachplanung, Sprachpolitik) oder gar nur auf einen einzigen Begriff (so konzentriert sich das Französische auf den modernen Begriff *l'aménagement linguistique*, der sicherlich sachdienlicher und europage-rechter ist als die veralteten Termini *planification linguistique* und *politique linguistique*).

Eine Ideologisierung der Sprachpolitik zeigt sich allerdings nicht nur im Bildungssystem, sondern vor allem im Bereich der Minderheitenpolitik. Von den 480 Millionen Einwohnern der Europäischen Union, die sich ungefähr 120 unterschiedlicher Sprachen befleißigen, verteilen sich 80 Sprachen auf 40 bis 70 Millionen Minderheitensprecher, die häufig als Bewohner peripherer Regionen zu den Schwachen und politisch wie ökonomisch Unterdrückten der jeweiligen Staaten gehören. Formen der Benachteiligung dieser kleinen Sprachgemeinschaften hängen von staatlichen Ideologien ab, die in Europa als zentralistische oder subsidiäre Konzepte gekennzeichnet werden können. Benachteiligt von sprachpolitisch zentralistischen, oft aber auch subtilen subsidiären Maßnahmen fallen die defensiv-partikularistischen und ethnozentrischen Reaktionen von Minderheiten besonders ins Auge. Bis in die Forschung hinein lässt sich der fehlende Wille beobachten, als Schwache, Benachteiligte oder gar Unterdrückte zusammenzuarbeiten: Autochthone (indigene Minderheiten) und Allochthone (Migranten) weigern sich, gemeinsam zu forschen und – obwohl sie den gleichen Unterdrückungsmechanismen ausgesetzt sind – sprachpolitisch gemeinsam zu agieren. Es muss allerdings hinzugefügt werden, dass zentralistische Konzepte, wie wir sie im mediterranen Bereich antreffen, weniger minderheitenfreundlich sind als die subtileren und der Basis näher stehenden subsidiären Konzepte föderaler Staaten (Deutschland, Skandinavien und teilweise auch Großbritannien).

2. Kontaktlinguistische Bedingungen der Konfliktanalyse

Von allen sprachwissenschaftlichen Disziplinen scheinen die Kontaktlinguistik und die Soziolinguistik sich besonders zur Darstellung und Analyse ideologischer Strukturen in der Sprachpolitik zu eignen. Vornehmlich kontaktlinguistische Modelle haben sich in letzter Zeit mit ideologisch bedingten Sprachkonflikten befasst.

Kontaktlinguistik ist per definitionem multidisziplinär, erfasst Sprachkontaktphänomene unterschiedlichster Art (sprachliche und außersprachliche) und trägt zur Konfliktanalyse und -lösung bei.

Vier kontaktlinguistische Voraussetzungen scheinen uns bei der Behandlung von Sprachkonflikten und deren Neutralisierung von Bedeutung:

- 1) Es gibt keinen Kontakt zwischen Sprachen, sondern nur zwischen Sprechern und Sprachgemeinschaften (HAARMANN 1980, OKSAAR 1980). Dadurch wird die Vergleichbarkeit von ein und derselben Sprache in unterschiedlichen Kontexten (z. B. Italienisch in Slowenien und in der Schweiz) weitgehend eingeschränkt. Sicherlich tragen diese multikausalen Konflikte unterschiedlichste Formen – vom offenen

Ausbruch von Feindseligkeiten (Kosovo 1998) bis zur Sublimierung subkutaner Konflikte in harmoniebedürftigen sozialen Gruppen (Skandinavien). Eine der Hauptursachen für die Konfliktträchtigkeit sprachlicher Gemeinschaften aller Arten liegt in der Asymmetrie jeglicher Form von Mehrsprachigkeit. Es gibt auf dieser Welt keine kongruenten Sprachgemeinschaften, die die gleiche Zahl von Sprechern haben, deren Sprachen das gleiche Prestige aufweisen, deren Sozialprodukt identisch und deren Lebensqualität vergleichbar ist. Deshalb ist Kontakt ohne Konflikt nur schwer nachzuweisen:

- 2) Auch wenn die Aussage, es gäbe keinen Sprachkontakt ohne Sprachkonflikt („Nelde’s Law“, s. DE BOT 1997) übertrieben erscheinen mag, so ist im Bereich der europäischen Sprachen gegenwärtig keine Kontaktsituation denkbar, die sich nicht auch als Sprachkonflikt beschreiben ließe. Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang auch Mattheiers (1984) Aussage zu frequent vorkommenden Sprachkonflikten unter monolingualen Sprechern.
- 3) Die Kontaktlinguistik sieht Sprache gewöhnlich als wesentliches Sekundärsymbol für zugrunde liegende Konfliktursachen sozioökonomischer, politischer, religiöser oder historischer Art. Hierdurch erscheint der Sprachkonflikt gewissermaßen als das ‚kleinere Übel‘, da offensichtlich sich in vielen Fällen Sprachkonflikte leichter korrigieren und neutralisieren lassen als primär soziopolitische und andere, außersprachlich bestimmte Konflikte. Politisierung und Ideologisierung des Faktors Sprache führen zu zahlreichen Konflikten, bei denen Sprache oft als nebensächlich erscheint, jedoch leicht als Sekundärsymbol eingesetzt werden kann. Die Reihe der Beispiele im gegenwärtigen Ost- und Südosteuropa ist endlos. Bosnien-Herzegowina: Wird neben dem erst 1992 aufgegebenen Serbokroatisch und den Nachfolgesprachen Serbisch und Kroatisch eine Sprache ‚Bosnisch‘ entstehen? Moldawien: Ist die Einheit eines Staates aufrecht zu erhalten, wenn das Land durch die gleiche Sprache getrennt wird, und zwar in unterschiedliche Alphabete (lateinisch und kyrillisch) und eine unterschiedliche Lexik? Weißrussland: Kann eine Sprache in einem jungen Staat überleben, wenn nur noch 10 % der Schuljugend auf Weißrussisch unterrichtet wird?
- 4) Die Kontaktlinguistik macht nicht nur deutlich, dass Konflikte nicht ausschließlich negativ beurteilt werden sollten, sondern weist zugleich nach, dass aus Konflikten neue Strukturen entstehen können, die – im Falle der Minderheitssprecher – günstiger sein können als die vorhergehenden.

3. ‚Natürliche‘ und ‚künstliche‘ Konflikte

Es gibt neben den traditionellen Sprachkonflikten mit historischen Bezügen die gegenwärtigen Konflikte zwischen Migranten und einheimischer Bevölkerung, zwischen Autochthonen und Allochthonen, die für oder gegen ihre Assimilation, Integration etc. kämpfen. Hier handelt es sich um ‚natürliche‘ Konflikte, die ich von den ‚künstlichen‘ und durch die Schaffung neuer (sprach)politischer Strukturen selbst erzeugten Konflikten unterscheiden möchte. Gerade letztere führen zu einem Vergleich des alten Babel mit dem modernen Brüssel: über 4000 Übersetzer und Dolmetscher, die in der Europäischen Union in 20 Amts- und Arbeitssprachen arbeiten, häufig beeinflusst und bedrängt von ein paar Dutzend Minderheitssprachen, von denen viele um ihr Überleben kämpfen. Fast ein Zahlenspiel: Wenn es neunzehn Möglichkeiten gibt, zwanzig Sprachen zu verwenden, dann ergeben sich daraus 380 Kombinationen, eine Vielzahl, die der flämische Maler Pieter Breughel bei der Anfertigung seines berühmten Gemäldes *Der Turmbau zu Babel* wohl noch nicht berücksichtigen konnte, da sein Gebäude nicht die ausreichende Zahl von Simultandolmetscherkabinen (auf dem Gemälde als „Fensterhöhlen“) enthält, die die gegenwärtige EU-Kommission benötigt. Es dürfte deutlich sein, dass auch die Schaffung eines einheitlichen Europas keine Lösung für natürlich gewachsene oder künstlich geschaffene Konflikte garantiert.

Welche Lösungsmöglichkeiten bieten sich demnach an?

- 1) Die Einführung einer Plansprache (Esperanto, Gebärdensprache) etc.;
- 2) die Übernahme einer starken internationalen Verkehrssprache als lingua franca (Englisch);
- 3) die Bevorzugung von wenigen Hauptsprachen (z. Bsp. Deutsch, Französisch und Englisch);
- 4) die Beibehaltung des *status quo* (20 Amts- und Arbeitssprachen).

Kann der gegenwärtige Zustand (Lösungsmöglichkeit 4), d. h. die Akzeptanz der Sprachenvielfalt weiter ausgebaut und fortgesetzt werden? Zur Vermeidung babylonischer Verhältnisse werden sicherlich Einschränkungen der Sprachenfreiheit in Kauf genommen werden müssen. Die Erweiterung der EU wird das Schema der fast automatischen Anerkennung von Nationalsprachen als Gemeinschaftssprachen durchbrechen müssen und statt der vierten Lösung die dritte oder eine weitere ins Gespräch bringen.

Die Schwierigkeiten bei der Förderung und Betreuung von Minderheitssprachen durch eine Amtsstelle der EU, an der Sprachenpolitik für die kleineren Sprachen und mit den europäischen Minderheiten bereits betrieben wird (Abteilung Sprachpolitik), zeigt, wie delikater und hindernisreich jegliches Engagement einer politischen Instanz sich gestaltet.

Es gibt weder eine Einigung über die Zahl der Minderheitensprachen und -sprecher in der Union (mindestens 80 Minderheiten in Abhängigkeit von unterschiedlichen kontaktlinguistischen Definitionen) noch über ihre Bezeichnung – etwas hilflos und künstlich klingt der Terminus ‚lesser used languages‘ –, die allerdings im Französischen zu den terminologisch keineswegs deckungsgleichen ‚langues moins répandues‘ mutieren, noch über gemeinsame sprachpolitische Richtlinien dieser – wegen ihrer historisch gewachsenen Sozialstrukturen wohl unvergleichlichen – Sprachgemeinschaften. Ohne die beispielhafte Zurückhaltung der Minderheitensprachpolitiker wären neue ‚künstliche‘ Konflikte kaum vermeidbar.

4. Deutsch als Konfliktsprache – ein Beispiel

Obwohl Deutsch mit 95–100 Millionen Sprechern in Europa sicherlich nach dem Russischen die größte Sprache ist, fällt seine Zweit- und Drittrolle als Fremdsprache im Unterricht, als Originalsprache für Ausschreibungen und Erlässe der EU, als Verhandlungssprache in multinationalen Gipfelgesprächen, als Umgangssprache in den europäischen Institutionen, kurz als internationale Sprache besonders ins Auge. Dafür mag unter anderem das erhöhte Konfliktpotential des Deutschen ausschlaggebend sein. Dies sollen einige Beispiele erläutern:

- 1) Das Deutsche weist einen hohen Grad von *Konfliktgefährdung* auf, da seine Kontaktfrequenz höher ist als die anderer Staaten. Das heutige Deutschland grenzt an neun Nachbarstaaten; in den meisten Nachbarländern wird Deutsch (als Minderheits- oder Mehrheitssprache) gesprochen; in wenigstens fünfzehn Staaten wird deutsch gesprochen.
- 2) Deutschland kennt im Bereich der allochthonen Minderheiten eine besonders breite *Konfliktdiversifizierung*. Man möge sich nur einmal das Spektrum an Zuwanderern vor Augen führen, die sich in den letzten zwanzig Jahren um Aufnahme und Integration bemühten. Für den nicht Eingeweihten ist es sicherlich nicht ganz einfach, die Bezeichnungen für diese Zuwanderer zu unterscheiden und, falls sie bedeutungsgleich sind, den unterschiedlichen ideologischen Blickwinkel zu erkennen, der sich hinter dieser umfassenden Terminologie verbirgt: Fremdarbeiter, Gastarbeiter, ausländischer Arbeitnehmer, Arbeitsimmigrant, Arbeitsemigrant, Umsiedler, Aussiedler, Spätaussiedler, Rück-siedler, Asylant, Asylsucher, Wirtschaftsflüchtling, Migrant, Remigrant – um nur einige herauszugreifen. Für die interkulturelle Kommunikation innerhalb Europas kommt als weiteres Missverständnis bzw. als weiterer Konflikt die Tatsache hinzu, dass die anderen Mitgliedsländer (mit der Ausnahme Luxemburgs) keinen vergleichbaren Zuwandererschub kennen und deshalb in Ermangelung eines ähnlichen sachlichen

- und ideologischen Hintergrunds viele Begriffe in ihren eigenen sprachlichen Kontext nicht übertragen können.
- 3) Ideologien spielen beim Sprachkontakt mit dem Deutschen offensichtlich eine besondere Rolle. So kann die Vergangenheit Deutschlands – und hier vor allem das Dritte Reich mit dem Zweiten Weltkrieg – als *Konflikthypothek* gesehen werden. Die „Bildformung“ – wie der ins Deutsche übertragene niederländische Terminus lautet – oder Stereotypbildung (BREITENSTEIN 1968) ist zur Genüge aus der medialen Unterhaltungsindustrie bekannt. Seit den fünfziger Jahren (!) erfolgreiche Fernsehserien und Sitcoms wie *Hogan's Hero's/Ein Käfig voller Helden* (in den USA auf vielen Sendern bis heute ausgestrahlt, in Zentraleuropa seit 2000 werktags täglich auf Kabel 1) oder jüngst *Allo, allo* (Großbritannien, seit 1998 auf verschiedenen westeuropäischen Sendern) sind hervorragende Beispiele einseitiger Schwarzweißdarstellungen, in denen die deutschen die ‚tumben Tore‘ abgeben – naive, plumpe Verbrecher, eingefangen mit einem Hauch folkloristisch untermauerter Sympathie: ein gefundenes Fressen für Attitüden- und Vorurteilsforscher. Die Folge dieser ‚Vergangenheitsbewältigung‘ ist – zumindest für Deutschlerner – ein Spracherwerb, der eine außersprachliche Hypothek mit einschließt und damit wohl den Zugang zum Deutschen erschwert.
 - 4) Deutsch ist die größte Minderheitensprache im gegenwärtigen Europa, wird mit völlig unterschiedlichen Staatsauffassungen und politischen Konzepten, Strukturen und somit *Minderheitskonflikten* konfrontiert. Weltanschauliche Symbiosen zwischen der Eigenkultur und der Gastlandkultur zu finden, zwischen früheren sozialistischen und auf der anderen Seite westlichen Demokratien, zwischen sozioökonomisch benachteiligten und am neoliberalen Aufschwung teilhabenden Staatsmehrheiten dürfte den Deutschen außerhalb der traditionell deutschsprachigen Staaten nicht immer leicht gefallen sein, wie ein Blick auf die Liste der wichtigsten Länder beweist, in denen Deutsch auch heute noch als Minderheitssprache gesprochen wird: Dänemark, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Italien, Slowenien, Kroatien, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Rumänien, Ukraine, Russland, Polen.
 - 5) Als *Vorurteilskonflikt* macht sich ein Lernkonflikt bemerkbar, der davon ausgeht, dass Deutsch eine besonders schwere Sprache sei. Argumentativ werden dabei objektive linguistische Kriterien und subjektive Kriterien vermischt, wie Herbert Christ (1980, 1992) überzeugend nachgewiesen hat.
 - 6) Obendrein wird sowohl der Erwerb wie die Beherrschung einer deutschen Standardsprache durch einen *Plurizentrikkonflikt* erschwert.

‚Butcher‘ (engl.) und ‚boucher‘ (frz.) haben eben nicht eine, sondern zahlreiche Entsprechungen, die von allen Deutschsprachigen offensichtlich verstanden werden, von denen aber nur jeweils eine Entsprechung zum jeweiligen – aktiv verwendeten – Idiolekt gehört (Schlachter, Schlächter, Fleischer, Metzger etc.).

- 7) Schließlich stellt sich das Deutsche als eine *potentielle europäische Konfliktsprache* dar, da die qualitative und quantitative internationale Unterrepräsentierung (vgl. den Gebrauch des Deutschen bei internationalen Organisationen wie UNO, UNESCO, aber auch bei der EU) im Falle einer sozioökonomischen oder politischen Benachteiligung aufgrund des relativ eingeschränkten Mitspracherechts der Deutschen gegebenenfalls zu Spannungen führen kann. Allerdings legen die Deutschen zur Zeit eine relativ große Disziplin an den Tag, das heißt, sie leiten aus der deutschen Förderung und Finanzierung internationaler Institutionen keine Machtansprüche ab und vermeiden alle aus einer sprachlichen Hintanstellung eventuell resultierenden Konflikte.

Es wäre wünschenswert, wenn die hier angedeutete ‚Deutsch im Konflikt‘-Problematik einmal in einer multidisziplinären Gesamtdarstellung analysiert würde. Daraus ließen sich sicherlich Konfliktvermeidungsstrategien ableiten. Im europäischen Kontext, der durch zahlreiche Spannungen und Konflikte, in deren Mittelpunkt häufig unterdrückte, benachteiligte oder einfach kleine Sprachgemeinschaften (Minderheiten) stehen, soll nunmehr versucht werden, einige der Strategien, die zur Konfliktneutralisierung beigetragen haben, zu überprüfen.

5. Ansätze zur Konfliktneutralisierung

Welche Konzepte haben mehrsprachige Staaten in Europa entwickelt und welche von ihnen haben in mehrsprachigen Sprachgemeinschaften zu einem friedlicheren Miteinander geführt? Trotz einer zum Teil völlig unterschiedlichen Ausgangslage lassen sich einige gemeinsame Konzepte herausarbeiten, zu denen Länder wie Belgien, Luxemburg, aber auch die Schweiz und die in diesen Ländern verwendeten Konfliktvermeidungsstrategien in besonderer Weise beigetragen haben.

a) Das Territorialprinzip

Viele Einsprachige stellen sich ein zweisprachiges Land als eines vor, in dem die Bürger zwei Sprachen sprechen. Zweisprachigkeit kann jedoch auch bedeuten, dass zwei Sprachen Seite an Seite existieren und beide Sprachen, zumindest theoretisch, den gleichen Status und gleiche Rechte haben. Diese sogenannte institutionalisierte Mehrsprachigkeit ist eine Folge des

Territorialprinzips, das den Bewohner einer Region, die von den zuständigen Behörden zu einem einsprachigen Gebiet erklärt wurde, zwingt, die Regionalsprache zumindest in der offiziellen Kommunikation zu gebrauchen. Das Territorialprinzip muss vom Individualprinzip unterschieden werden. Letzteres erlaubt jedem Sprecher den Gebrauch seiner Mutter- oder einer anderen Sprache in allen offiziellen und privaten Domänen unabhängig von seinem Wohnort.

Obwohl das wenig flexible Territorialprinzip durchaus kritisch gesehen wird, funktioniert es in verschiedenen mehrsprachigen Ländern, besonders den reicheren wie Kanada, Belgien und der Schweiz, recht gut. Anfänglich standen sich die beiden Prinzipien der Mehrsprachigkeit z. B. in Belgien konträr gegenüber: Das Individualprinzip herrschte bis in die sechziger Jahre und führte infolge der sprachlichen Asymmetrie im Lande und des daraus folgenden hohen Prestiges der romanischen Sprache zu weitgehender Französisierung des Landes. Bemerkenswert sind die Folgen des Territorialprinzips im zweisprachigen Brüssel. Hier wurde die berühmt-berüchtigte ‚liberté du père (!) de famille‘ (die Wahlmöglichkeit einer der nationalen Sprachen durch das Familienoberhaupt) erst in den siebziger Jahren aufgegeben. Statt für eine bilingualisierte Struktur hat sich Brüssel momentan für zwei parallele einsprachige Systeme in den offiziellen Domänen (Bildung, Verwaltung, ‚Betriebsprache‘) entschieden. Die zwei größten Landesteile sind in Übereinstimmung mit dem Territorialprinzip mit Ausnahme einiger weniger Sprachengrenzgemeinden entweder einsprachig Französisch oder Niederländisch.

Diese Anwendung des Territorialprinzips wurde von Außenstehenden gleichzeitig mit Ablehnung und Bewunderung aufgenommen, da so offenbar eine kleine mehrsprachige Nation überleben konnte. Die Konsequenzen für den einzelnen Sprecher sind im Falle Belgiens indes groß: während sozialer Aufstieg vor der Einführung dieses Konzeptes unabdingbar mit der Beherrschung zweier Sprachen (zumindest im Fall der flämischen und deutschen Bevölkerungsgruppen) verbunden war, kann das Leben heute in vielen Bereichen in einer Sprache verlaufen, nämlich der Sprache des jeweiligen Gebiets.

Der belgische Staat ist sehr sensibel, was die Beachtung der Rechte der einzelnen Sprachgruppen im Land angeht. Selbst sehr kleinen Minderheiten wird ein gleichberechtigter Status eingeräumt. Ein Teil der deutschsprachigen Minderheit in Ostbelgien, die weniger als 1 % der Gesamtbevölkerung ausmacht, profitiert von der Sprachenregelung zwischen den beiden großen Landesteilen und wird ähnlich behandelt wie die Niederländisch- und Französischsprachigen, was zur Folge hat, dass Deutsch zur dritten Nationalsprache landesweit aufgestiegen ist. So sind z.B. alle Hinweisschilder auf

dem Brüsseler Flughafen viersprachig – die drei offiziellen Sprachen Niederländisch, Französisch, Deutsch und obendrein – als internationale Luftverkehrssprache – Englisch und zwar konsequent in dieser Reihenfolge, um jede Hintansetzung einer Sprachgemeinschaft zu vermeiden. Auch die belgische Autobahnpolizei berücksichtigt entsprechend alle drei nationalen Sprachen und wird bei der Verhängung einer Verkehrsstrafe dem Autofahrer zuerst die Möglichkeit geben, sich zwecks Zahlung einer Strafe für Protokollzwecke für eine der drei nationalen Sprache zu entscheiden.

Natürlich ist ein solches Vorgehen kostspielig, aber anscheinend im Rahmen von Sprachkonfliktvermeidungsstrategien doch sinnvoll. Wieviel andere Länder gestehen einer Sprache mit so wenig Sprechern einen solchen Status zu? Ohne Zuerkennung eines solchen Status ergäben sich aus dieser sprachlichen Asymmetrie jedoch auf lange Sicht wohl noch größere Konflikte und zwar sowohl im wirtschaftlichen wie im politischen Bereich. Die belgische Konfliktregelung kann mit einigen Einschränkungen somit in sprachplanerischer Hinsicht als Vorbild für die Europäische Union gelten.

b) Entemotionalisierung

Ein anderes positives Ergebnis des Sprachenstreites in Belgien ist eine gewisse Entemotionalisierung der Sprachenfrage. Es ist jedoch nicht leicht, Sprach- und Kulturkonflikten die Emotionen zu ‚entziehen‘ und diese Thematik zu versachlichen. Mit der Einführung des Territorialprinzips hoffte der belgische Gesetzgeber, dass eine strenge Sprachenregelung in wenigen grundsätzlichen Lebensbereichen genug Raum für die größtmögliche Freiheit des Sprachgebrauchs auf anderen Gebieten lassen würde. Während die durch das Territorialprinzip geforderte Einsprachigkeit in den meisten mehrsprachigen Ländern mindestens zwei Domänen betrifft (das Bildungssystem und die öffentliche Verwaltung), kommt in Belgien die ‚Betriebssprachendomäne‘ hinzu. Wie bereits angedeutet, muss die Sprache des Territoriums in allen formellen Verträgen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebraucht werden. Spannungen, die sich aus sozial determinierter Sprachwahl (wenn z.B. ein Manager eine andere Sprache als die Gewerkschaftsvertreter gebraucht) ergeben können, werden dadurch reduziert.

Zusammen mit der Sprachgesetzgebung wurde ein Plan zur Föderalisierung und Regionalisierung entwickelt, der eine zentralisierte Sprachplanung nach dem Vorbild Frankreichs verhindern sollte. Da solch regionalisierte Sprachplanung (in Belgien ‚kommunalisiert‘ genannt) innerhalb der verschiedenen Sprachgruppen nur in einigen wenigen, aber nichtsdestoweniger entscheidenden Lebensbereichen angewendet wird, verhält sich der Staat in den übrigen Domänen überwiegend permissiv und kompensiert Gesetzesstrenge im sprachlich-kulturellen Bereich mit Liberalität und Toleranz.

c) Sprachenzählungen

Statt dem Vorbild Nordamerikas und Russlands zu folgen, die ihre Einwohner in groß angelegten Sprachenzählungen („Zensus“) den vorhandenen Mehr- und Minderheitensprachen zuordnen, hat Belgien in der demographischen Erfassung von Minderheiten seinen eigenen Weg eingeschlagen, ausgehend von dem Prinzip, dass die Rechte und Pflichten einer Mehrheit oder Minderheit nicht ausschließlich von ihrer zahlenmäßigen Stärke abhängig seien. Dass die Größe einer Sprachgemeinschaft nicht mehr länger der entscheidende Faktor im Bereich der Sprachplanung ist, bedeutet, dass Überlegungen zum Schutz einer Sprachgemeinschaft von der Annahme ausgehen, dass eine numerische und sozioökonomisch benachteiligte Minderheit mehr Unterstützung als die mit ihr konfrontierte Mehrheit benötigt, um Gleichberechtigung zu erlangen. Demzufolge hat der belgische Staat die Sprachenzählung als Teil der Volkszählung abgeschafft und damit sicher auch beachtlich zu einer Entemotionalisierung beigetragen.

Da Belgien sich in dieser Hinsicht von den meisten anderen mehrsprachigen Nationen unterscheidet, wollen wir die besonders konflikträchtige Frage der Sprachenzählung etwas genauer betrachten. Wir haben hervorgehoben, dass Zweisprachigkeit stets asymmetrisch ist, bilinguale Sprecher werden immer aus dem einen oder anderen Grund in Abhängigkeit von ihrem sozioökonomischen Status, der kulturellen Identität, etc. *eine* Sprache bevorzugen. Deswegen kann die Datensammlung über Bi- oder Multilingualität in einer Region in Form einer zahlenmäßigen Erfassung der Sprecher kaum sozial zuverlässige Informationen liefern. So gaben in der Zählung von 1933 in Martelingen, einem kleinen Dorf an der Grenze zwischen Luxemburg und Belgien, 93 % der Einwohner an, deutschsprachig zu sein, und nur 7 % behaupteten, sie seien frankophon (NELDE 1979). 1947, bei der letzten amtlichen Volkszählung in Belgien, schien sich die Situation umgekehrt zu haben: die Mehrheit der Sprecher behauptete, sie seien Frankophone und nur wenige Prozent sahen sich selbst als Deutschsprecher. Der Grund für diesen Unterschied liegt auf der Hand: die meisten Dorfbewohner waren zu Zeiten beider Zählungen zweisprachig, jedoch wurde 1933 Deutsch aus weltanschaulicher Perspektive (Zeit des Faschismus) eher bevorzugt, während die gleiche Sprache 1947 – nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg – wenig beliebt war und es folglich wünschenswert erschien, mehr Französisch zu sprechen. Deshalb sollten quantitative Daten einer Sprachenzählung in mehrsprachigen Konfliktsituationen mit Skepsis behandelt werden, da die Informationen, die sie über Mehrsprachigkeit zu geben scheinen, oft durch außersprachliche Faktoren verzerrt sind.

d) Positive Diskriminierung

Als logische Konsequenz aus den Vorüberlegungen zur Entemotionalisierung und zur Sprachenzählung soll die positive Diskriminierung von Sprachminderheiten in den Mittelpunkt gerückt werden, ein Aspekt, der von großem Nutzen für die sprachlichen Minderheiten im zukünftigen Europa sein könnte. Positive Diskriminierung heißt, dass die Minderheit mehr Rechte und Vorteile bekommt, als ihr zahlenmäßig nach dem Proporzsystem zustünden, um ein vergleichbares sprachliches Reproduktionspotential wie die Mehrheit entwickeln zu können.

Im Falle der hier besprochenen asymmetrischen und insbesondere der institutionalisierten Mehrsprachigkeit sollte, wenn nötig, die Struktur des Bildungssystems die Minorität explizit fördern, um zu entsprechenden Ergebnissen wie die Mehrheit zu gelangen. In der Praxis kann das z.B. bedeuten, im Schulunterricht kleinere Klassenstärken für kleinere Sprachgruppen zu akzeptieren, sowie für bessere Bezahlung der Lehrkräfte, an die besondere Anforderungen gestellt werden, zu sorgen. Minderheitsschüler sollten mehr Rechte und Vorteile haben, gerade weil sie vom Sozialprestige her und auch zahlenmäßig oft die schwächere Gruppe sind, damit sie auf lange Sicht die gleichen sozialen Aufstiegschancen wie die Mehrheitsbevölkerung haben.

Eine andere Form positiver Diskriminierung ist eine Belohnung aller derjenigen, die in einer zweisprachigen Situation ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. So könnte z.B. ein Briefträger in einer mehrsprachigen Stadt wegen des erhöhten Arbeitsaufwandes mehr verdienen als sein einsprachiger Arbeitskollege. Offensichtlich würde das auch zu einer Hebung des Prestiges und des Status von Zweisprachigen führen.

6. Kontaktlinguistische Evaluierung

Dieser Bereich der kontaktlinguistischen Forschung wächst und verändert sich ständig. Die Gründe hierfür sind überdeutlich: Erstens lagen die dörflichen Gemeinschaften, die die Sprache und andere Identitätsmarker ihrer Minderheit konservierten, oft in der Peripherie der verschiedenen europäischen Staaten, und aus diesem Grunde wurden sie in der Vergangenheit häufig als marginal betrachtet. Wenn sie am Wohlstand und ökonomischen Fortschritt teilhaben wollten, mussten sie sich in den Prozess der Urbanisierung und Industrialisierung integrieren. Sie verloren während dieses Prozesses in vielen Fällen ihre Besonderheiten, einschließlich ihrer Sprache. Nun finden sich eine Reihe dieser Gemeinschaften im Herzen des neuen Europa wieder, da sie entlang der Grenzen und damit in neuen Kontaktachsen liegen. Geographisch und geopolitisch sind sie somit nicht länger marginal. Weiterhin kann es durchaus sein, dass ein übernationales Europa Regionalismus eher toleriert als die früheren Nationalstaaten. Das bedeutet, dass

sich diese Gemeinschaften in einem Umschichtungsprozess befinden. Es ist notwendig, diesen Prozess zu untersuchen. Um zu verstehen, was in einigen dieser Gemeinschaften bereits passiert ist und noch passieren wird, müssen wir uns vor allem mit den Sprechergruppen beschäftigen, denen es gelungen ist, ihre Sprache und Tradition zu erhalten. Minderheitsgruppen wie die Katalanen geben Aufschluss darüber, was zur Erhaltung und Förderung einer Minderheitengruppe beitragen kann. Hier verdient die lokale und regionale Entwicklung mehr Aufmerksamkeit.

Zweitens ist die Mehrsprachigkeit in europäischen Großstädten ein relativ junges Phänomen. In einigen Fällen wurde sie bereits genauer – empirisch – unter die Lupe genommen, in anderen Fällen bleibt noch eine Menge zu tun, um die kontaktlinguistische Entwicklung besser zu verstehen. Es betrifft hier ein Gebiet, in dem sich Vorurteilsforschung und Linguistik oft berühren und wo sich Probleme und Konflikte aus multilingualem und multikulturellem Kontakt ergeben können. Diese erklären sich soziologisch aus Versuchen der dominanten Gruppe, sozialen Aufstieg für ihre Mitglieder zu sichern, aber auch aus einem Gefühl der Bedrohung, da sich durch den Zuzug anderer Gruppen die eigene Identität zu verwischen scheint.

Drittens bleibt das Problem der Sprachen in der Europäischen Union weitgehend undiskutiert und deshalb ungelöst. Was immer die Lösung sein wird – drei, vier, elf oder zwanzig Arbeitssprachen – das Europa der Zukunft wird nicht einsprachig sein. Der Beitritt der skandinavischen Nachbarn – Länder, die traditionell Englisch als Zweitsprache bevorzugen – und Österreichs zur Union 1995 konnte bereits das bisherige sprachliche Machtgleichgewicht in Brüssel, Luxemburg und Straßburg verändern und hat bereits die Debatte neu belebt.

Viertens müssen wir uns mit den Sprachkonflikten entlang der Grenzen der erweiterten EU im Osten auseinander setzen, wo Sprache mehr und mehr zu einem Symbol wiedererwachenden Nationalismus zu werden scheint. Hier muss zwischen Konflikten mit historischen Wurzeln und solchen, die künstlich – aus Gründen der Grenzverschiebung, der Staatsneugründung oder einfach aus ideologischen Motiven – entfacht wurden, unterschieden werden.

Mögliche Ursachen für Sprachkonflikte existieren demnach überall in der Welt wie auch in Europa, die sich häufig als polarisierende Tendenzen bemerkbar machen: Neben länderübergreifenden Zusammenschlüssen (NAFTA in Nord- und Mittelamerika, EU in Europa) nehmen gleichzeitig Nationalismus und Regionalismus zu (Euregio, Alpen-Adria-Regio, Neugründungen wie Slowenien, Estland u.v.a.). Aus der Geschichte kennen wir die möglichen Konsequenzen der Unterdrückung von Konflikten. Deshalb sollten wir als Kontaktlinguisten sinnvolle Beiträge zur Analyse, Beschreibung und Kontrolle komplexer linguistischer Situationen leisten, wie

sie sich vor den Augen des Forschers welt- und europaweit tagtäglich abspielen.

7. Schlussbemerkung

Wir haben uns bei unseren Überlegungen zur Sprachideologie von kontaktlinguistischen Analysen zur Sprachpolitik leiten lassen und dabei auf eine Grundsatzdiskussion zum Begriff Ideologie in den jeweiligen Sprachräumen (die englische ‚ideology‘ und die französische ‚idéologie‘ im Gegensatz zur deutschen ‚Weltanschauung‘) verzichtet. Ideologie als Teil sämtlicher gegenwärtiger Herrschaftsformen, als Kolonialismus oder als Postkolonialismus unter dem Feigenblatt der Demokratie, als Teil modernistischer oder postmodernistischer Gesellschaftsanalysen hat längst in Soziologie und Kontaktlinguistik Einzug gehalten, wie Louis-Jean Calvets Arbeiten zum ‚Krieg der Worte‘ und zur ‚Glottophagie‘, in jüngster Zeit aber auch im modernen Konzept eines Diskurses der Streitkultur (argument culture) Deborah Tannens zur Genüge gezeigt haben. Eine Verflechtung dieser unterschiedlichen Ansätze würde die kontaktlinguistische Diskussion um ideologische Aspekte der Sprachpolitik vermutlich bereichern.

Literatur

- DE BOT, Kees (1997): Neldes Law Revisited: Dutch as a Diaspora Language. – In: W. Wölck, A. de Houwer (Hg.), *Recent Studies in Contact Linguistics* (Plurilingua XVIII), Bonn: Dümmler, 51–59.
- BREITENSTEIN, Rudolf (1968): *Der häßliche Deutsche?* München: Beck.
- CALVET, Louis-Jean (1987): *La guerre des langues et les politiques linguistiques*. Paris: Payot.
- CHRIST, Herbert (1980): *Fremdsprachenunterricht und Sprachenpolitik*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- CHRIST, Herbert (1992): *Fremdsprachenunterricht für das Jahr 2000*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- GOEBL, Hans/NELDE, Peter et al. (Hg.) (1996): *Kontaktlinguistik I*. Berlin, New York: de Gruyter (= Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 12).
- GOEBL, Hans (1997): Die altösterreichische Sprachenvielfalt und -politik als Modellfall von heute und morgen. – In: U. Rinaldi, R. Rindler-Schjerve, M. Metzeltin (Hg.), *Sprache und Politik*, Wien: Istituto Italiano di Cultura, 103–121.

- GRIN, François (1996): The economics of language: survey, assessment and prospects. – In: *International Journal of the Sociology of Language* 121, 17–44.
- HAARMANN, Harald (1980): *Multilingualismus I, II*. Tübingen: G. Narr.
- MATTHEIER, Klaus (1984): Sprachkonflikte in einsprachigen Ortsgemeinschaften. Versuch einer Typologie. – In: E. Oksaar (Hg.), *Spracherwerb, Sprachkontakt, Sprachkonflikt*. Berlin, New York: de Gruyter, 197–204.
- NELDE, Peter (1976): *Volkssprache und Kultursprache*. Wiesbaden: Steiner.
- NELDE, Peter/STRUBELL, Miquel/WILLIAMS, Glyn (1995): *Euromosaic (I) – Produktion und Reproduktion der Minderheiten-Sprachgemeinschaften in der Europäischen Union*. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG.
- NELDE, Peter/STRUBELL, Miquel/WILLIAMS, Glyn (2000): *Euromosaic (II)* (unveröffentlichtes Manuskript).
- NELDE, Peter et. al. (2005): *Euromosaic (III)* (im Druck).
- OKSAAR, Els (1980): Mehrsprachigkeit, Sprachkontakt, Sprachkonflikt. – In: P. Nelde (Hg.), *Sprachkontakt und Sprachkonflikt*. Wiesbaden: Steiner, 43–52.
- TANNEN, Deborah/LEAPMAN, Michael (1999): *The argument culture: changing the way we argue and debate*. London: Virago.